Mit „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Illustriertes Film-Blatt", „Rhein-Spiegel", „U.T.K.", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Gute Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernsprecher: Dönhoff 5440—5469, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gespalt. Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49. Filialen: Potsdamer Straße 53; Zimmerstraße 50; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Nathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 288 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1—6; Greifswalder Straße 197; Jennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 76; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 84; Scharrenstraße 89; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halenseegrunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Kriillestr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 162
Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang
Mittwoch, 6. April 1927

Unterzeichnung des Paktes Rom-Budapest

Fiume ungarischer Freihafen.

Befriedigung in Rom. — Anziehen des Lira-Kurses.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rom, 5. April.

Mussolini und Graf Bethlen haben heute den bereits seit längerem angekündigten Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Ungarn unterzeichnet. Die Veröffentlichung des Vertrages steht unmittelbar bevor. Der Vertrag enthält, wie verlautet, vor allem die Bestimmungen, die Fiume den Ungarn als Hafen für deren seegehenden Einfuhr- und Ausfuhrhandel einräumen. Die Unterzeichnung dieses Vertrages erfüllt hier mit großer Befriedigung, obschon man eigentlich nach den Erfahrungen mit dem Vertrage von Nettuno Grund hätte, vorsichtig zu sein. Immerhin liegen die Beziehungen zu Ungarn ganz anders als jene zu Südslawien, dessen Einwilligung zu dem ungarischen Durchfuhrverkehr nach Fiume noch nicht erfolgt ist. Der Vertrag zwischen Rom und Budapest, so sagt man hier, könne weder in der Tschechoslowakei, noch in Rumänien, noch in Südslawien Mißtrauen wecken. Mit allen diesen Staaten habe ja Italien durchweg Freundschaftsverträge. Das Verhältnis zu Rumänien liege besonders völlig klar zutage, nachdem die Zustimmung Italiens zum Besitz Bessarabiens ausgesprochen wurde, und mit Südslawien wünscht Italien loyale Zusammenarbeit auf Grund der Gegenseitigkeit. Man hofft darum, daß man in Belgrad nach Klärung des albanischen Konfliktes in dem Abkommen über Fiume keinerlei Gefahr erblicke, vielmehr einen Vorteil für die eigenen wirtschaftlichen Interessen. Italien verfolge ja auf dem Balkan wie in Europa lediglich eine Politik des Friedens und der Ruhe, um damit den allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sichern. Gleichzeitig freut man sich allgemein über das **Steigen der Lira.** Der „Popolo di Roma" stellt voll Begeisterung diesen Erfolg einzig und allein als das Werk der faschistischen Regierung hin, die binnen acht Monaten die Wirtschaftslage völlig gewandelt habe. Wie jedes andere menschliche Ereignis so habe auch der Lirakurs dem Druck des Faschismus nicht widerstanden. Als wahrer und einziger Verteidiger der Valuta erscheine den Augen der fünfzig Millionen Italiener in und außerhalb Italiens der Duce.

Belgrad, 5. April.

Die italienische Regierung benachrichtigte heute offiziell das Belgrader Kabinett, daß die Unterzeichnung des Freundschafts- und Schiedsvertrags mit Ungarn gegen niemand gerichtet sei und in Uebereinstimmung mit dem Völkerbundsgeist erfolge und daß Italien diese Mitteilung auf Grund des italienisch-südslawischen Freundschaftspaktes mache. Man erblickt hier in dieser Geste die Erklärung, daß der italienisch-südslawische Freundschaftspakt durch den letzten schweren Konflikt unangetastet ist.

Die Tagung der kleinen Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 5. April.

Nach dem gestrigen Besuch des tschechischen Gesandten beim Außenminister Paschitsch verlautete, daß die nächste Tagung der kleinen Entente auf Anfang Mai festgesetzt sei, falls die einzelnen Regierungen nicht durch politische Ereignisse behindert sein werden. Ein bestimmter Tagungsort wird noch nicht angegeben.

König Ferdinand im Sterben.

Burgfrieden der rumänischen Parteien?

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Budapest, 5. April.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß beim König von Rumänien der Todeskampf begonnen habe.

Bukarest, 5. April.

Heute mittag wurde über das Befinden des Königs Ferdinand folgendes amtliche Bulletin ausgegeben: „Der König hat eine bessere Nacht verbracht. Die Krankheitserscheinungen haben sich vermindert. Temperatur gestern 37,5, heute 37, Puls 90, Atmung 22."

Die einzelnen rumänischen Parteien hielten in den letzten Tagen Beratungen ab, in denen sie die allgemeine innerpolitische Lage erörterten. Das Gesamtergebnis dieser Beratungen ist die Herstellung der **Einheitsfront sämtlicher Parteien in der Frage der Monarchie und der Burgfrieden in der Regentschaftsfrage.** Die Bemühungen zur Bildung eines Konzentrationskabinetts sind wieder aufgenommen worden. Die oppositionale nationale Bauernpartei hat unter dem Vorbehalt, daß das Ministerpräsidium durch General Averescu weitergeführt wird, der Bildung eines solchen Kabinetts zugestimmt. Sie verlangt allerdings die vorherige Annahme einer Reihe programmatischer Punkte durch die Regierungspartei. Diese Punkte betreffen die Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Rumänien. Die Annahme dieser Punkte durch die Regierungspartei ist nach Angabe der Blätter zweifelhaft, so daß auch die Bildung eines Konzentrationskabinetts in Frage gestellt ist.

Wien, 5. April.

Aus Bukarest wird gemeldet: Trotz der in amtlichen Berichten heute festgestellten Besserung im Befinden des Königs hält man in ärztlichen Kreisen den Kranken für verloren; die Besserung sei nur durch Anwendung künstlicher Mittel hervorgerufen worden. Aus diplomatischen Kreisen erfahre ich, daß trotz aller aus Bukarest kommenden Ableugnungen tatsächlich in Rumänien Truppenverschiebungen stattgefunden haben.

Die Pariser Verhandlungen begonnen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 5. April.

Die deutsch-französischen Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages haben, wie angekündigt, heute nachmittag um 6 Uhr im Handelsministerium begonnen. In der heutigen Sitzung wurden die Richtlinien besprochen, die für die weiteren Verhandlungen maßgebend sein sollen.

Ein Kompromiß über die Seeabrüstung?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 5. April.

Am Schlusse der Vormittagssitzung der Abrüstungskommission legte Lord Cecil noch einmal programmatisch den Standpunkt Englands zur Frage der Seeabrüstung dar. Seine Ausführungen gipfelten in folgendem: Man sei einig über die Beschränkung der Tonnage der vorhandenen Schiffe und des Kalibers der Geschütze an Bord. Ferner sei man darüber einig, daß die Größe der einzelnen Schiffe beschränkt werden solle. Ein Meinungsgegensatz bestehe jedoch darin, daß Großbritannien die Beschränkung der Anzahl der Schiffe vorschlage und Frankreich dieses nicht wolle. Frankreich wolle nur die Gesamttonnage beschränken. Dieser Punkt sei von großer Wichtigkeit, denn eine Anzahl kleinerer Schiffe könne im Kriege von größerem Wert sein als ein großes Schiff. Ein kleineres Kriegsschiff könne zum Beispiel eine große Anzahl Handelsschiffe zerstören. Großbritannien könne kein System annehmen, das die Zahl der Schiffe unberücksichtigt lasse.

In der Nachmittagssitzung wandte sich Paul-Boncour gegen Lord Cecil. Er betonte, die Ueberlegenheit der großen Seemächte sei eine feststehende Tatsache. Diese verlangten jedoch darüber hinaus, daß alle anderen Staaten die Beschränkung nach Schiffskategorien annehmen sollten, die für Länder mit geringerer Seemacht unannehmbar sei.

Am Schluß der Nachmittagssitzung zeigte sich unerwartet die **Möglichkeit eines Kompromisses** über den Streitpunkt der Beschränkung nach Gesamttonnage oder Schiffskategorien. Der Vorschlag Paul-Boncours, der noch nicht seine endgültige Form gefunden hat, gipfelt darin, daß jedes Land in das Abkommen sein Flottenprogramm für fünf Jahre einfügt mit der Verpflichtung, alle Abänderungen sofort der beim Völkerbund einzusetzenden Abrüstungskommission bekanntzugeben. Der Vertreter der Vereinigten Staaten sowie Lord Cecil äußerten sich entgegenkommend. Cecil sagte nur, Großbritannien dürfe nicht riskieren, daß sich eine plötzliche technische Entwicklung gegen seinen Lebensnerv, den Seehandel, richte. Es müsse vermieden werden, daß eine plötzliche Aenderung in der Tonnageverteilung eines anderen Landes eine Gefahr für Großbritannien darstelle.

Paris, 5. April.

Im heutigen Ministerrat berichtete Briand über die äußere Lage, Herriot über seine Reise nach Wien. Der Marineminister Leygues legte dem Präsidenten der Republik ein Dekret zur Unterschrift vor, das den **Bau der im Flottenprogramm vorgesehenen neuen Kriegsschiffe** betrifft. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Tardieu, sprach über die Einigung in der Lohnfrage der Grubenarbeiter und legte einen Gesetzentwurf vor, der die Unterstützung einiger durch die Zeitverhältnisse gefährdeter Bergwerke vorsieht.

Die inneren Verhältnisse Rumäniens.

Immer noch unter dem Belagerungszustand. — Der Gedanke an das rote Rußland. — Die Zunahme des intellektuellen Proletariats. — Antisemitismus als Ablenkung. — Die herrschende Schicht. — Der König.

Von unserem Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Bukarest, Ende März.

Von den siebzehn Millionen Einwohnern Rumäniens wohnen nicht viel über eine Million in den wenigen Städten. 1909 hat sich die Bodenfläche Rumäniens verdoppelt, die Bevölkerung ist sogar um 105 Prozent gestiegen. Großrumänien umschließt Deutsche, Ungarn, Bulgaren und Ukrainer. Und 13,3 Prozent der städtischen Bevölkerung sind heute in Rumänien jüdisch. Ob die fremde Bevölkerung, die der Krieg zu Rumänien gefügt hat, ein Explosivstoff ist, wissen wir nicht. Gewiß versetzt sie das Staatsleben in bisher ihm ungewohnte Spannungen, wenn sie auch vorläufig wenig die Beziehungen jenseits der Grenzen kompliziert. Es ist die kommunistische Gefahr, die das rumänische Staatsdenken ununterbrochen beschäftigt, in enger Mischung außen- und innenpolitischer Motive. Die Sowjetunion wirft über Rumänien ihren Schatten, wie eine ungeheure Wolke im Osten, in der hier und da Wetterleuchten zuckt, und die vollkommen undurchdringlich ist. Man weiß wenig von Sowjetrußland, es ist das Böse an sich, die Berührung mit ihm, der Gedanke, wie es eigentlich dort sei, das ist schon wie ein Fehltritt. Die bessarabischen Grenzen sind dreifach verwehrt. Lange Zeit war, wer flüchtend oder verschwörerisch über den Dnestr kam, in Gefahr, diesseits kurz und fürchterlich erledigt zu werden. Aus der Last der revolutionären Nähe wird es erklärt, daß heute, neun Jahre nach Kriegsende, in Rumänien am Belagerungszustand festgehalten wird. Der Schauer vor dem roten Rußland jagt heute noch die ganze Grenze zwischen dem Schwarzen Meer und dem Baltikum auf und ab. Nirgendwo scheint die Rußlandfurcht, man möchte sagen, so physisch im Land zu stecken wie in Rumänien. Erst im letzten Jahre haben Bessarabien und die Bukowina ein wenig aufatmen dürfen. Dabei herrscht nur eine Stimme, daß lediglich die Ukrainer in ihrem Norden und auch diese nur vielleicht, vielleicht über die Grenze lugen, wo der rote Stern leuchtet. Tiefer nach Rumänien hinein, je weiter nach Westen, ist Bukarest weitherziger. Aber es regiert doch durchaus zentralistisch und läßt seine Hand fühlen, wo es kann. Eine militärische Politik. Ordnung. Stille. Der Schrecken von 1918, der unmittelbare Anblick der roten Umwälzung in der russischen Armee, die damals in der Tat aufspringenden Zeichen des Weitergreifens der Revolution nach Rumänien, diese Eindrücke sind unvergessen. Man brachte das Opfer der Enteignung des Großgrundbesitzes, bis tief hinab zu den kleinen Gütern. Eine heroische und in der Geschichte des Staatswesens seltene Aktion der Selbstenteignung um der Selbsterhaltung willen. Aber aus diesem Erlebnis zogen die Herrschenden auch die Konsequenzen: wie zu der Enteignung fühlten sie sich auch berechtigt zu Polizeimaßregeln, Judenhetzen, mit Unterdrückung der öffentlichen Meinung, einer Pressegesetzgebung, wie die Welt sie noch nicht sah, und solidem „Extraparlamentarismus" und Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Eine allgegenwärtige „Securanza" wacht. Auch sie ein Echo von drüben, von damals.

Es wäre töricht, zu behaupten, all das sei nur die Wirkung jener Schrecken von 1918 und der Nähe des Ungeheuers Sowjetunion, und es wäre auch übertrieben, zu behaupten, diese Erinnerungen würden nur künstlich immer von neuem ausgespielt und künstlich mit neuen Fakten belegt, um der heute mächtigen und herrschenden Clique zur absoluten Herrschaft zu verhelfen und die politische Entwicklung des Landes zu hemmen. Es ist allerdings wahr: die Reaktion nimmt nur zu, je weiter sie sich von jenen kritischen Zeiten entfernt, und je weniger Zeichen vorliegen, daß noch irgend Gefahr droht. Kein Kommunist ist mehr heute in Rumänien nachzuweisen, ja nicht einmal ein aktiver Sozialist! Aber gewisse Sorgen um die soziale Zukunft müssen in der Tat die Regierenden bewegen. Nicht sehr unmittelbare, aber tiefgreifende. Ich fragte einen bedeutenden und unermüdlichen demokratischen Beobachter der rumänischen Politik seit vielen Jahren, was er als Grund der drückenden, sich immer noch steigernden Maßnahmen der Regierung ansehe. Er antwortete beinahe verstört: „Das eben ist es ja, wir wissen nicht, warum jetzt schärfer zugepackt wird als je." In der Tat, der Bauer ist mit seinem Los heute zufrieden, — „nur mit der Administration," sagte mir ein Bauernvertreter, „damit sind wir noch nicht zufrieden". Diese Administration kann in der Tat nicht glänzend sein. In einem Augenblick müßte der staatliche Verwaltungsapparat verdoppelt werden! Das rumänische Dorf ist noch „grau". Es ist politisch un-